

Kommentar: Schweizer Kriegsmaterialexporte 2011

Rüstungsfreie Zone Zürich, Kreuzlingen, Neuhausen, Widnau, Stans, Altdorf, Thun, Bern, Wimmis...

Wie heissen alle die Firmen in der Schweiz, die Rüstungsgüter und Kleinbestandteile für Kriegsgewehre herstellen und exportieren? Was fabrizieren sie genau? In welchen Kriegen wurden diese Sturmgewehre, Pistolen, Panzerwagen, Flugzeuge, Bomben, Minen, Granaten und Munition eingesetzt? Wie viele Kinder, Frauen und Männer wurden im letzten Jahr durch helvetische Waffen und Munition getötet? Auf diese Fragen gibt die Statistik der Kriegsmaterialexporte 2011 keine Antworten.

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn die Kräfte, die einen Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzten. Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Weltkrieg (Erster Weltkrieg) verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wären hinreichend, um Menschen aller Länder zum einem menschwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern.“
(Albert Einstein 1929)

 Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra		Département fédéral de l'économie DFE Secrétariat d'Etat à l'économie SECO Communication	
Ausfuhr von Kriegsmaterial 2011 nach Endempfängerstaaten			
Land	Wert CHF	Land	Wert CHF
Arabische Emirate	265'805'621	Kanada	4'232'514
Deutschland	239'592'986	Österreich	4'219'951
Italien	57'174'642	Finnland	3'145'814
Belgien	32'527'662	Bahrein	2'228'230
Spanien	32'469'412	Ungarn	2'047'742
U.S.A	30'657'701	Malaysia	1'774'654
Norwegen	24'110'511	Korea (Süd)	1'211'044
Grossbritannien	23'154'152	Oman	1'193'655
Niederlande	22'363'459	Chile	1'064'231
Saudi-Arabien	20'641'815	Rumänien	972'909
Dänemark	17'842'623	Bulgarien	920'957
Frankreich	17'122'147	Indonesien	672'799
Brasilien	10'520'104	Katar	660'010
Singapur	9'442'174	Ukraine	494'731
Schweden	8'956'540	Polen	338'934
Indien	7'411'189	Japan	318'849
Griechenland	6'846'930	Russland	247'304
Pakistan	6'550'706	Diverse	1'599'190
Australien	6'254'553		
Südafrika	5'896'550	Total	872'684'995
Total der Schweizer Kriegsmaterialexporte 2011 nach 68 Ländern, Wert CHF 872'684'995 (2010 CHF 640'498'611)			



Ostermarsch 2012:
Für eine rüstungsfreie Zone am Bodensee
Rund um den Bodensee arbeiten über 7'000 Menschen für die Rüstung, obwohl Friedrichshafen im Zweiten Weltkrieg bombardiert wurde weil es Waffenfabriken beherbergte.



Im Jahre 2011 hat die neutrale und dem Frieden verpflichtete Schweiz für 872,7 Millionen Franken Kriegsmaterial in 68 Länder exportiert (2010: 640,5 Millionen). Dies entspricht einer Zunahme um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese Rüstungsexporte gingen zu einem grossen Teil an Nato Staaten die in Afghanistan, Pakistan, dem Irak, dem Jemen, in Libyen und in Somalia Krieg führten und führen. Auch in das Pulverfass des Nahen Ostens wurden Kriegsgeräte verkauft, an Regimes die Menschenrechte mit den Füßen treten und aktiv dabei waren in Bahrein die Demokratiebewegung mit Waffengewalt niederzuschlagen. Saudi-Arabien beteiligte sich mit Mowag-Panzerwagen an der Unterdrückung der Proteste in Bahrein. Auch Länder in denen Menschen gefoltert werden waren Kunden der helvetischen Rüstungsindustrie. Indien und Pakistan, Staaten, in denen Millionen Menschen im Elend leben und sogar hungern, waren erneut Empfänger von Kriegsmaterial aus der Eidgenossenschaft.

Wesentlich zum Rekordergebnis der Kriegsmaterialexporte des letzten Jahres beigetragen hat eine einzige Lieferung: Die erste Tranche über 258,1 Mio. Franken von insgesamt 25 PC-21-Trainingsflugzeugen an die Luftwaffe der Vereinigten Arabischen Emirate, die der Bundesrat am 25. Mai 2011 bewilligt hatte. „Normalerweise“ unterliegen die Militärtrainer aus Stans nicht dem Kriegsmaterial-, sondern dem Güterkontrollgesetz. Der Bundesrat hat sich laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft, dem Seco, aber hier auf das Kriegsmaterialgesetz gestützt, «weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Flugzeuge in der Schweiz für die Aufnahme von Waffen modifiziert würden». Tatsache ist, dass Pilatus die Flugzeuge dafür konstruiert hat, ohne grossen Aufwand bewaffnet zu werden. Im Fall der Lieferung an die Arabischen Emirate war die Bewaffnung sogar eine explizite Anforderung der Ausschreibung. Die Schweiz ist das einzige Land, das solche militärische Flugzeuge nicht unter dem Kriegsmaterialgesetz aufführt.

Von Belgien bis Neuseeland, von Schweden bis Irland wehren sich die Menschen gegen den Krieg und das Geschäft mit dem Tod



"Schwerter zu Pflugscharen" in Neuseeland

Einrichtung von „Rüstungsexportfreien Zonen“: Für das Leben produzieren, nicht für den Tod

Soll jetzt wieder eine Volksinitiative gestartet werden, um endlich die Kriegsmaterialexporte zu stoppen? Mehr Erfolg hätten vielleicht lokale Initiativen. In der deutschen Stadt Kassel zum Beispiel fordern rüstungskritische Gruppen im Parlament der Stadt eine „rüstungsexportfreie Zone“. Das würde dann zum Beispiel in der Schweiz heissen: Zürich oder Thun exportieren kein Kriegsmaterial mehr! In Kassel will man erreichen, dass die Stadtverordneten die Kasseler Initiative um Friedensforum und katholische Kirche unterstützen. Deren Appell gegen die Produktion und Lieferung von Leopard-II-Panzern der Kasseler Firma Krauss-Maffei Wegmann an Saudi-Arabien hatten bis Ende vorigen Jahres mehr als 2'000 Kasseler unterschrieben. Regionale rüstungsfreie Zonen werden auch rund um den Bodensee länderübergreifend gefordert.



Informationen über die Rüstungsindustrie am Bodensee

Welche Firma rund um den Bodensee stellt welche Waffenteile her? Wohin werden sie exportiert? In welchen Kriegen werden sie eingesetzt? Wie viele tote Zivilisten sind es pro Jahr?

Mehr Infos:

<http://www.waffenvombodensee.com/>

An Staaten die in bewaffnete Konflikt verwickelt sind und die Menschenrechte schwerwiegend verletzen, sind Kriegsmaterialexporte verboten

Laut der revidierten Verordnung über den Export von Kriegsmaterial ist es verboten an Staaten, die „in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind“ oder welche „die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen“ Kriegsmaterial zu liefern. Diese Verordnung ist seit Dezember 2008 in Kraft. Die Statistik 2011 zeigt aber erneut, dass Nato Staaten die im letzten Jahr in Afghanistan und in Libyen Krieg führten, aber auch Pakistan, Indien und Saudi-Arabien weiterhin mit Waffen beliefert wurden. Der Bundesrat hat wiederum seine eigene Gesetzgebung missachtet, indem er den Begriff des bewaffneten Konfliktes nach Gutdünken interpretiert, wie 70 Rechtsgelehrte schon vor drei Jahren in einem offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard festhielten: „Der Bundesrat hat den Begriff des bewaffneten Krieges umdefiniert, um in mehr Länder exportieren zu können“, wie Prof. Marco Sassòli und die anderen Rechtsgelehrten schrieben.

- Im Zusammenhang mit dem Steuerkonflikt mit den USA will Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf den Rechtsstaat verteidigen. Warum nicht im Falle der Kriegsmaterialexporte? -

In einer globalisierten Welt wird von der internationalen Gemeinschaft registriert, wie sich die Schweiz verhält

Helen Keller, Professorin für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Zürich, schrieb vor drei Jahren:

"Die letzten Monate haben es deutlich gemacht: In einer immer stärker globalisierten Welt wird von der internationalen Gemeinschaft durchaus registriert, wie sich die Schweiz verhält. Die Handlungen im Innern haben Auswirkungen auch auf das Ausserverhältnis und damit auf das Image der Schweiz im Ausland. Deshalb liegt es in unserem eigenen Interesse, das Kriegsmaterialgesetz und die entsprechende Verordnung im Geist der völkerrechtlichen Vorgaben auszulegen und strikt anzuwenden."
Prof. Helen Keller ist auch Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg

Von 1975-2011 exportierte die Schweiz für 14,941 Milliarden Franken Kriegsmaterial, laut der offiziellen Statistik des Bundes. Zu einem grossen Teil gingen diese Ausfuhren an Krieg führende Staaten, in Spannungsgebiete, an menschenrechtsverletzende Regimes und an arme Länder in der Dritten Welt in denen Menschen hungern.

Für 872,6 Millionen Franken Kriegsmaterial: 700'000 Lehrer oder Krankenschwestern

Der Förderverein Neue Wege in Somalia ist seit 1994 in Somalia tätig. Ein Lehrer in der Primarschule und eine Krankenschwester im Ambulatorium der Neuen Wege verdienen rund 100 Franken im Monat. Mit den 872,6 Millionen Franken der Kriegsmaterialexporte des Jahres 2011 könnte man in Somalia also etwa 700'000 Lehrer oder Krankenschwestern ein Jahr lang beschäftigen.

(Infos: www.nw-merka.ch)



Der Sensenmann sät Tod und Verderben, überall (Foto: Peter Weishaupt)

Professor Marco Sassòli setzt sich dafür ein, „dass der Bundesrat seine eigene Verordnung einhält“

Marco Sassòli, Professor für Völkerrecht, schrieb mir am 26. Februar 2012 in einem Mail: Er habe der Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialexporte zugestimmt. Er respektiere jedoch das Ergebnis der Abstimmung. Er setzt sich aber dafür ein,

„dass der Bundesrat seine eigene Verordnung einhält und keine Waffen in Länder exportieren lässt, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind. Insbesondere liegt mir am Herzen, dass der Bundesrat in diesem Zusammenhang nicht einen zentralen Begriff des humanitären Völkerrechts manipuliert und behauptet, in Afghanistan herrsche kein bewaffneter Konflikt oder die NATO Staaten seien nicht in

diesen verwickelt. In dieser Frage hat es leider keine Fortschritte gegeben. Immerhin können wir mit Befriedigung feststellen, dass der Bundesrat in seinen Erläuterungen zum Gesetzesentwurf zu privaten Sicherheitsfirmen, zum richtigen Begriff des bewaffneten Konflikts nach Genfer Abkommen zurückkehrt: http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2074/Erl_Bericht_de_05.09.2011.pdf (S. 24 im Gegensatz zu 25) Damit haben wir ein weiteres Argument: wie kann die Schweiz Waffen in Länder exportieren (die zur direkten Teilnahme an Feindseligkeiten dienen) wenn sie gleichzeitig den Export von Dienstleistungen, die eine direkte Teilnahme an Feindseligkeiten darstellen, in diese Länder verbietet? Mit freundlichen Grüßen

Marco Sassòli Professeur, Directeur du Département de droit international public et organisation internationale Université de Genève“

CH-Kriegsmaterialexporte: Menschenrechtssituation, Interne Gewaltkonflikte, Beteiligung an Kriegen im Inneren und im Ausland, Bevölkerung die im Elend lebt

Land	Menschenrechts-Situation	Interne Gewaltkonflikte	Beteiligung an Kriegen im Inneren und im Ausland	Ein Teil der Bevölkerung lebt im Elend	Kriegsmaterialexporte 2011 Wert CHF
Arabische Emirate	sehr schlecht		Libyen		265'805'621
Deutschland			Afghanistan		239'592'986
Italien			Afghanistan, Libyen		57'174'642
Belgien			Afghanistan, Libyen		32'527'662
Spanien			Afghanistan, Libyen		32'469'412
U.S.A (*)	schlecht		Afghanistan, Libyen, Pakistan, Jemen, Somalia		30'657'701
Norwegen			Afghanistan, Libyen		24'110'511
Grossbritannien			Afghanistan, Libyen		23'154'152
Niederlande			Afghanistan, Libyen		22'363'459
Saudi-Arabien	sehr schlecht:	ja	Bahrein, Jemen		20'641'815
Dänemark			Afghanistan, Libyen		17'842'623
Frankreich			Afghanistan, Libyen		17'122'147
Brasilien				ja	10'520'104
Singapur	schlecht		Afghanistan		9'442'174
Schweden			Afghanistan, Libyen		8'956'540
Indien	sehr schlecht	ja		ja	7'411'189
Griechenland			Afghanistan, Libyen		6'846'930
Pakistan	sehr schlecht:	ja	Afghanistan	ja	6'550'706
Australien			Afghanistan		6'254'553
Südafrika	sehr schlecht			ja	5'896'550
Kanada			Afghanistan, Libyen		4'232'514
Österreich			Afghanistan		4'219'951
Finnland			Afghanistan		3'145'814
Bahrein	sehr schlecht	ja	Ja		2'228'230
Ungarn			Afghanistan		2'047'742
Malaysia	sehr schlecht			ja	1'774'654
Korea (Süd)			Afghanistan		1'211'044
Oman	sehr schlecht	ja			1'193'655
Chile					1'064'231
Rumänien	schlecht		Afghanistan		972'909
Bulgarien	schlecht		Afghanistan, Libyen		920'957
Indonesien	sehr schlecht			ja	672'799
Katar	sehr schlecht		Libyen		660'010
Ukraine	sehr schlecht		Afghanistan		494'731
Polen			Afghanistan		338'934
Japan					318'849
Russland	schlecht	ja			247'304
Diverse					1'599'190

(*) USA: Einstufung der Menschenrechtssituation als „schlecht“

Todesstrafe: mit Giftspritze und dem elektrischen Stuhl in mehreren Bundesstaaten. Unter dem US Präsidenten Barack Obama fand auch eine starke Zunahme von aussergerichtlichen Hinrichtungen im Ausland statt. Personen die des Terrorismus verdächtig wurden, werden mit ferngelenkten Drohnen liquidiert, was immer wieder auch viele zivile Opfer fordert. Wegen Bagatelldelikten sind in den USA sehr viele Menschen inhaftiert, vor allem Schwarze und Latinos, auch in kommerziell privat

geführten Zuchthäusern. Pro 100'000 Einwohner gibt es 760 Gefangene in den Vereinigten Staaten. Das ist 4 bis 10 Mal mehr als in den anderen westlichen Industrienationen.

Wolfgang Borchert:

Alle Leute haben eine Nähmaschine, ein Radio, einen Eisschrank, ein Telefon. Was machen wir nun? Fragt der Fabrikbesitzer; Bomben, sagte der Erfinder. Krieg, sagte der General. Wenn es denn gar nicht anders geht, sagte der Fabrikbesitzer.



Ostermarsch 2012: Arbon-Steinach-Romanshorn-Friedrichshafen Kundgebung vor dem Rüstungsunternehmen MTU in Friedrichshafen

Nicht in der Statistik: ausländische Rüstungsexporte der RUAG

Von der Kriegsmaterialstatistik nicht erfasst werden Geschäfte des bundeseigenen, subventionierten Rüstungskonzerns RUAG die vom Ausland aus getätigt werden. Dieser Konzern, im Besitze des Schweizer Volkes, produziert auch im Ausland. Die mittlerweile international tätige RUAG besitzt Produktionsstätten in Deutschland (Oberpfaffenhofen, Hamburg, Berlin, Sulzbach-Rosenberg und Fürth), Schweden (Åmotfors, Linköping und Göteborg), Ungarn (Sirok), Österreich (Wien und Berndorf) und in den Vereinigten Staaten (Los Angeles und Tampa). RUAG Verkaufsgesellschaften gibt es in weiteren Ländern, so in Belgien, Brasilien, Frankreich, England, Österreich, Malaysia. 48 Prozent des Umsatzes erzielte die RUAG auf dem zivilen Sektor und 52 Prozent auf dem militärischen.

Zu fordern wäre: „Vollständige Umstellung der Rüstungssparte der RUAG auf zivile Fertigung“. Als minimale Forderung: „Transparenz und Einhaltung von Verordnungen. Publik machen wohin und was die RUAG und andere schweizerische Unternehmungen von ihren ausländischen Rüstungs-Produktionsstandorten aus exportieren. Unterstellung dieser Exporte unter die schweizerische Verordnung für das Kriegsmaterial und das Kriegsmaterialgesetz.“

www.ruag.com: über uns:

Die RUAG Gruppe ist ein internationaler Technologiekonzern für Aerospace (Luft- und Raumfahrt) und Defence (Sicherheits- und Wehrtechnik) mit Produktionsstandorten in der Schweiz, Deutschland, Schweden, Österreich, Ungarn und den USA. Mit 53% erzielt die RUAG Gruppe heute mehr als die Hälfte des Nettoumsatzes ausserhalb des Schweizer Heimmarktes. Die Basis für den weltweiten Erfolg bilden innovative und qualitativ herausragende Produkte und Dienstleistungen. Dafür investiert RUAG rund 8% des Umsatzes in Forschung und Entwicklung und ist international mit Technologiepartnern wie Airbus, ASML, Astrium, Boeing, Bombardier, Dassault, European Space Agency (ESA), Hilti, Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall vernetzt.

Libysche Aufständische schiessen mit Schweizer Munition

Im Kampf gegen die Gaddafi-Truppen schossen libysche Aufständische auch mit Schweizer Munition. Wie die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens dokumentierte, handelte es sich um Nato-taugliche

Gewehrmunition M80. Herstellerin ist die staatliche Rüstungsfirma RUAG Ammotec in Thun (BE). Als Exporteur trat eine weithin unbekanntere Firma FGS Frex AG in Oberägeri (ZG) auf. Schweizer Unternehmen rüsteten auch das Ghadhafi-Regime auf. Hiesige Firmen lieferten Bunker- und Festungstechnik, Stahlhelme, Chiffriergeräte, Munition und Atomtechnik nach Libyen. Auch beim Exporte ganzer Giftgas-Fabriken nach Libyen in den 80er und 90er Jahren spielten Schweizer Firmen eine tragende Rolle. (Tages Anzeiger 11.03.11)

Rheinmetall: Seit 1889 gehört Rheinmetall zu den führenden Herstellern von Waffen und Militärgerät

Seit seiner Gründung 1889 gehört Rheinmetall zu den führenden Herstellern von Waffen und Militärgerät in Deutschland. 1889 begann auch die Produktion von Geschossen. „Bereits ein knappes Jahr später zählt das junge Unternehmen 1.400 Mitarbeiter und liefert pro Tag 800.000 Geschosse. Bis Ende 1891 werden es insgesamt 120 Millionen sein“, ist auf der Homepage von Rheinmetall zu lesen. Wie viele Menschen durch Rheinmetall-Geschosse schon getötet und verletzt wurden ist auf dieser Homepage nicht zu lesen. Nach den beiden Weltkriegen kam es jeweils vorübergehend zur Produktion ziviler Güter, doch im Kern blieb Rheinmetall ein Rüstungskonzern. 1999 übernahm Rheinmetall die Waffenschmiede Oerlikon Contraves und weitere Firmen in der Schweiz.



Der Krieg, Henri Rousseau 1894

Anlehetipp der Wirtschaftswoche vom 3. Februar 2012: Rüstungskonzern Rheinmetall:

„Auch wenn viele Staaten im Zuge der Finanzkrise sparen wollen, das Geschäft mit Waffen und Rüstung ist ein Wachstumsmarkt. Für Anleger könnte sich deshalb die Rheinmetall-Anleihe lohnen.“

Der Rüstungskonzern Rheinmetall in der Schweiz:

WMR Schweiz AG, Fertigungszentrum Altdorf
 Rheinmetall Schweiz AG, Ittingen (Bern)
 RWM Zaugg AG, Lohn-Ammannsegg
 RWM Schweiz AG, Studen bei Biel
 Swiss SIMTEX AG, Thun
 I.L.E.E. AG, Laser Innovation, Urdorf
 Nitrochemie Wimmis AG, Wimmis
 Rheinmetall Air Defence AG, Zürich
 Rheinmetall Defence AG, Zürich
 RWM Schweiz AG, Zürich



Schweizer Banken und sogar die Zürcher Kantonalbank finanzieren Firmen die Streumunition und anderes Kriegsgerät herstellen

Nicht Gegenstand der Kriegsmaterial-Exportstatistik des Bundes sind die Finanzierungen von Waffengeschäften und der Produktion von Rüstungsgütern. Allein die UBS und Crédit Suisse investieren laut einer Untersuchung internationaler Nichtregierungsorganisationen rund eine Milliarde Franken in Firmen, die sich an der Herstellung von Streumunition beteiligen. Aus einer einzelnen grossen Bombe dieser Streumunition fallen bis zu 400 kleine Bomblets. Explodieren sie nicht sofort, bleiben sie liegen und werden zu Landminen. Besonders betroffen sind Kinder. Sie heben die kleinen Bomben auf, weil sie damit spielen wollen oder weil sie ähnlich aussehen wie die von der UNO abgeworfenen Nahungsmittelrationen. Auch die Zürcher Kantonalbank ist bei diesem fürchterlichen Geschäft dabei.

Wir sind alle ein wenig Kindermörder

Christian Schmidt von der Organisation „Welt ohne Minen“ schrieb im Tages Anzeiger vom 20. Februar 2012, unter der Überschrift „Wir sind alle ein wenig Kindermörder“ zu dem Thema Streubomben

und Rüstung: „Die (Zürcher) Kantonalbank will sich heute nicht distanzieren von dieser Branche. Fast trotzig hält sie auf Anfrage fest, dass Investitionen «in Rüstungswerte grundsätzlich erlaubt sind“. Die beiden Grossbanken CS und UBS hatten bereits 2010 ihren Rückzug aus dieser Sparte angekündigt. Das haben sie aber nicht getan, zumindest nicht konsequent. Die UBS investiert – im «Kundenauftrag», wie sie entschuldigend festhält – weiterhin in Textron, (Textron stellt Streubomben her) und zwar so massiv, dass sie zu den zehn grössten institutionellen Anlegern zählt. Die CS hat inzwischen zwar tatsächlich alle eigenen Beteiligungen abgestossen, sie kauft auch im Rahmen der Vermögensverwaltung keine Aktien mit Bezug zu Streumunition, aber sie hält an ihrem ETF-Fonds mit Textron fest. Und sie hat Ende November 2011 in New York eine Konferenz zum Thema Rüstung organisiert, bei der sich auch Streubombenhersteller von ihrer besten Seite zeigen konnten.“

Saudi-Arabien: der Twitterer von Jidda und der Einmarsch in Bahrain

Nach Saudi-Arabien wurden im letzten Jahr für 20,6 Millionen Franken Kriegsmaterial geliefert, trotz der desolaten Menschenrechtslage in diesem Staat und dem Einmarsch saudischer Truppen in Bahrain zur Niederschlagung der Demokratiebewegung.

Ein Fall wie Menschenrechte in Saudi-Arabien gehandhabt werden:

Der 23 jährige Hamza Kashgari aus Jidda in Saudi-Arabien soll den Propheten Mohamed beleidigt haben, in Twitter Botschaften im Internet. Dem Dichter und Journalist Hamza Kashgari droht in Saudi-Arabien nun die Todesstrafe durch das Schwert. Er floh deshalb nach Malaysia, wo er jedoch auf Grund eines Haftbefehls von Interpol nach Saudi-Arabien ausgeliefert wurde. Der Fall Hamza Kashgari ist nur ein Fall wie Menschenrechte in Saudi-Arabien seit Jahrzehnten mit den Füssen getreten werden. Das hinderte die Schweiz nicht daran Saudi-Arabien seit Jahrzehnten Kriegsmaterial zu liefern. Im vorletzten Jahr waren es Waffenexporte für 132,6 Millionen Franken. Laut dem Stockholm International Peace Resarch Institut SIPRI verkaufte unser Land seit 1975 für 570 Millionen US-Dollar Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien. In den SIPRI Zahlen sind Kleinwaffen und leichte Waffen nicht enthalten, wie etwa die 12'000 Maschinenpistolen die von der Firma Brügger und Thomet nach Saudi-Arabien geliefert wurden (*)

(*) SIPRI: „The Arms Transfers Database does not cover other military equipment such as small arms and light weapons (SALW) other than man-portable air defence systems (MANPADS) and some categories of guided anti-tank missiles. Neither are trucks, artillery under 100-mm calibre, ammunition, components (other than radars and engines), or repair and support services included in the database.“

Malaysia: Muslime die Buddhisten oder Christen werden, droht Bestrafung

Malaysia lieferte den Saudi Hamza Kashgari nach Saudi-Arabien aus, obwohl ihm dort der Tod droht. In Malaysia können Muslime die zu einer anderen Religion wechseln bestraft werden. Diese unmenschliche Bestimmung hat Malaysia sogar in sein Strafgesetzbuch aufgenommen. Obwohl die Bestrafung des Wechsels zu einer anderen Religion im traditionellen islamischen Recht fest verankert ist, fand sie bisher einzig in das Strafgesetzbuch des Sudan und Malaysias Eingang. Ungeachtet dessen, dass es in Malaysia einem Muslim also verboten ist zum Beispiel Buddhist oder Christ zu werden, blieb dieser Staat ein guter Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie, wie Saudi-Arabien. Nach Malaysia verkauft unser Land 2011 für 1,8 Millionen Franken Kriegsmaterial, 2009 waren 14,6 Mio. Fr, 2008 13 Mio. Fr.

Umstellung von militärischer auf zivile Produktion ist möglich

Eine Umstellung von militärischer auf zivile Produktion ist möglich und kann sehr erfolgreich sein. Dies haben schon viele Betriebe bewiesen – auch in der Schweiz. So stellt beispielsweise die SIG in Neuhausen heute statt Sturmgewehren Hightech-Verpackungsmaschinen her. Auch der bundeseigenen RUAG ist es gelungen teilweise in die zivile Produktion einzusteigen.

Überlegung

*Wenn zutrifft,
dass Rüstungsproduktion
Arbeitsplätze sichert,
darf es in den Vereinigten Staaten
keine Arbeitslosen geben*

Hans von Ooyen

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind die Kriegsmaterialexporte der Schweiz bedeutungslos, aber mit Schweizer Waffen wird trotzdem gemordet

Gemäss einer Studie im Auftrag des Bundes beschäftigte die Schweizer Rüstungsexportindustrie 2008 direkt 3'335 Personen, zusätzlich schafft die Branche 1'797 Arbeitsplätze bei Zulieferfirmen. Das sind weniger als im Zürcher Universitätsspital arbeiten. Dort werden 6'200 Menschen beschäftigt. In der Uhrenindustrie der Schweiz finden rund 50'000 Menschen Arbeit.

2011 machten die Kriegsmaterialexporte, nach Angaben des Bundes, 0,42 Prozent an der gesamten Warenausfuhr der Schweizer Wirtschaft aus. Die «Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee» – eines der wichtigsten Foren der Schweizer Rüstungsindustrie – schrieb vor vier Jahren: «Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind die Kriegsmaterialausfuhren [...] bedeutungslos.»

Auch wenn Waffenexporte für die Volkswirtschaft als Ganzes marginal sind: Hinter jedem gefährdeten Arbeitsplatz verbirgt sich ein menschliches Schicksal. Deshalb ist die Umstellung von militärischer auf die Produktion von nützlichen Gütern sorgfältig zu planen und von der öffentlichen Hand zu unterstützen.

Gemäss dem Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichten Zahlen war die Schweiz im Jahr 2011 das Land welches nach Schweden, Israel und Russland weltweit am viertheilsten Kriegsmaterial pro Einwohner exportierte.

„In der Öffentlichkeit muss ein für allemal klargelegt werden, dass ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin. Die Deutschen haben in den letzten beiden Weltkriegen zu viel Blut vergossen...“
Konrad Adenauer 6.12.1949



Adenauer war von 1949 bis 1963 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Die Taube aus Picassos Plakat zum „Weltkongress für allgemeine Abrüstung und Frieden“ 10. Mai 1962“

Mai 2012, Heinrich Frei Zürich
heinrich-frei@bluewin.ch

Informationsquellen

Schweizerischer Friedensrat	www.friedensrat.ch
Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA	www.gsoa.ch
Schutz vor Waffengewalt	www.schutz-vor-waffengewalt.ch
Frauen für den Frieden	www.frauenfuerdenfrieden.ch
Schweizerische Friedensbewegung	www.friedensbewegung.ch
Christlicher Friedensdienst	www.cfd-ch.org
Service Civil International	www.scich.org
Peace Brigades International	www.peacebrigades.ch
Welt ohne Minen	www.wom.ch
Waffen vom Bodensee	www.waffenvombodensee.com
Rüstungsinformations-Büro Freiburg Im Breisgau	www.rib-ev.de
Kampagne Aufschrei	www.aktion-aufschrei.de
Jürgen Grässlin	www.juergengraesslin.com
Ohne Rüstung leben, Stuttgart	www.friedensdienst.de/Ohne-Ruestung-leben.93
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF, WILF)	www.wilpfinternational.org
Centre pour l'action non violente CENAC	www.wilpf.de
Union pacifiste France	www.non-violence.ch
War Resisters' International	www.unionpacifiste.org
Stockholm International Peace Research Institute SIPRI	www.wri-irg.org
Jane's Rüstungsinformationen	www.sipri.org
	www.janes.com